

Deutsche Konjunktur – keine goldenen Jahre ohne Reformen

Börsen-Zeitung, 17.5.2011
Selten gab es einen so drastischen und schnellen Meinungswandel wie zuletzt bei den Einschätzungen zur deutschen Wirtschaft. Noch vor drei, vier Jahren galt Deutschland als der „kranke Mann Europas“. Geplagt von geringen Investitionen, einer hohen Arbeitslosenquote, einem strikt geregelten Arbeitsmarkt und einer schrumpfenden Bevölkerung hinkte es seinen Nachbarn hinterher. Deutschlands geringes Wirtschaftswachstum galt bereits als pathologisch. Doch heute, nur wenig später, wird die deutsche Wirtschaft über den grünen Klee gelobt. Wegen der hohen Wettbewerbsfähigkeit scheint sogar Vollbeschäftigung denkbar.

Stehen der deutschen Wirtschaft nun tatsächlich goldene Jahre bevor oder lassen wir uns von der beeindruckenden Erholung nach der tiefgreifenden Rezession im Jahr 2009 täuschen? Was kann einen positiven Ausblick auf lange Sicht hin rechtfertigen? Und welchen Herausforderungen müssen wir uns stellen, um langfristig ein gesundes Wachstum gewährleisten zu können?

Achillesferse der Wirtschaft

Besonders eindrucksvoll sind die Fortschritte auf dem deutschen Arbeitsmarkt, denn die einstige Achillesferse der deutschen Wirtschaft erwies sich während der Krise als unverwundbar. Dank einer Reihe von Reformen in der ersten Hälfte des letzten Jahrzehnts hat sich der Arbeitsmarkt grundlegend gewandelt. Die Arbeitslosenunterstützung wurde modifiziert, es wurden stärkere Anreize für die Arbeitsaufnahme geschaffen und flexiblere Arbeitszeitregelungen eingeführt. Außerdem gab es eine Tendenz weg vom Flächentarifvertrag und hin zu stärker dezentralisierten, unternehmensspezifischen Löhnen und Arbeitsverhältnissen. Folglich ging die Arbeitslosigkeit, die 2005 ihren Höhepunkt erreicht hatte, immer weiter zurück, und dies wiederum schuf einen positiven Kreislauf: Die Ausgaben für Sozialhilfe und Arbeitslosigkeit sanken, das Einkommen der privaten Haushalte stieg an und die Kosten für Unternehmen wurden geringer. Ein konkretes Beispiel ist der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung:

Er fiel von 6,5% im Jahr 2006 auf 3% im Jahr 2011. Kurzfristig stimuliert dies die Konsumnachfrage. Aber wie sieht es mittelfristig aus?

Tatsächlich könnte der zunehmende Mangel an qualifizierten Arbeitskräften das deutsche Wirtschaftswachstum in den kommenden Jahren bereits bremsen. Die erwerbsfähige Bevölkerung in Deutschland wird bereits in den Jahren bis 2020 deutlich sinken, und die Partizipationsrate müsste daher entsprechend gesteigert werden. Mittelfristig wird zwar die Arbeitslosigkeit weiter zurückgehen, aber ohne wesentlich stärkere Immigration und bessere Ausbildung der Erwerbstätigen wird das Angebot an Spezialisten auf den Gebieten der Wirtschaft und der Technik bald schon an seine Grenzen stoßen.

Auf diese demografischen Veränderungen muss die Politik reagieren. Einerseits müssen zwingend mehr ältere Menschen erwerbstätig bleiben, andererseits muss es Frauen in größerem Maße als bisher ermöglicht werden, Familie und Karriere miteinander zu vereinbaren. Und die Einwanderungsregeln müssen reformiert werden, um Deutschland für qualifizierte ausländische Arbeitskräfte attraktiver zu machen.

Deutsche Unternehmen haben ihre Wettbewerbsfähigkeit deutlich ausgebaut. Die Lohnzurückhaltung allein kann diese Entwicklung nicht erklären, da die verarbeitende Industrie in Deutschland nach wie vor im weltweiten Vergleich Spitzenlöhne zahlt. Vielmehr gibt es auch noch strukturelle Gründe. Wettbewerbsfähigkeit hat viel mit dem deutschen Mittelstand zu tun, der kundenorientiert und flexibel agiert. Die Arbeitnehmer – nicht nur im Mittelstand – identifizieren sich stark mit ihren Unternehmen und zeigen ein bemerkenswertes Maß an Loyalität. So konnte sich der Unternehmenssektor eine gute Position auf den globalen Märkten erarbeiten. Die regionale Exportstruktur ist auch in den Schwellenländern diversifiziert, und wegen der Stärken im Bereich der Investitionsgüter und der Automobilindustrie genoss Deutschland während des Investitionsbooms einen wesentlichen Vorteil.

Aber auch diese Entwicklung hat eine Kehrseite. Mit einem Export-

anteil von 45% wird die deutsche Wirtschaft immer stark von der Entwicklung der Weltwirtschaft beeinflusst, und eine globale Rezession würde Deutschland unverhältnismäßig hart treffen. Ohne einen weltweiten Wirtschaftsaufschwung wird es daher auch in Deutschland keine goldenen Jahre geben. Aufgrund ihrer starken Abhängigkeit vom Rohstoffimport ist die deutsche Wirtschaft außerdem besonders anfällig für Preissteigerungen. Und im Zuge der jüngsten Diskussionen über einen schnelleren Atomausstieg nach der Katastrophe in Fukushima werden Energiepreise unweigerlich steigen.

Geringe Verschuldung

Schließlich profitiert die deutsche Wirtschaft davon, dass es praktisch keine größeren Kredit- oder Preisblasen gibt. Das starke Wachstum des deutschen Baugewerbes im Zuge der Wiedervereinigung ist inzwischen wieder korrigiert. Das Verschuldungsniveau der privaten Haushalte und der nichtfinanziellen Unternehmen ist vergleichsweise moderat. Die Eigenkapitalausstattung im Unternehmenssektor hat sich deutlich verbessert. Diese Entwicklung verdankt Deutschland den außerordentlichen Konsolidierungsanstrengungen über viele Jahre, die von einer schwachen Binnennachfrage begleitet waren. Mittlerweile konnte sich die Investitionsnachfrage zwar erholen, doch für ein starkes mittelfristiges Wachstum des Produktionspotenzials ist sie immer noch zu gering.

Um die Attraktivität Deutschlands als Investitionsstandort zu steigern, besteht nach wie vor wirtschaftspolitischer Reformbedarf, beispielsweise bei der Struktur der Unternehmenssteuern und natürlich auch bei der berühmten-berüchtigten deutschen Bürokratie. Es wäre naiv anzunehmen, dass Investitionen einfach automatisch in Deutschland verbleiben, wenn andere europäische Länder im Standortwettbewerb aufholen.

Was aber sind die langfristigen Wachstumsperspektiven der deutschen Wirtschaft? Das durchschnittliche Jahreswachstum wird voraussichtlich höher ausfallen als noch in den Jahren der Konsolidierung zwischen 1995 und 2010, als es lediglich schwache 1,2% betrug. Anderer-

seits können die weltwirtschaftlichen Risiken die positive Entwicklung deutlich bremsen. Im Ergebnis rechnen wir mit einem jährlichen Potenzialwachstum von rund 1,6% bis zum Jahr 2020.

Deutschland hat den weltwirtschaftlichen Strukturwandel im vergangenen Jahrzehnt recht gut bewältigt und eine starke Position auf den globalisierten Märkten erreicht. Aber die Zukunft liegt vor allem in den Händen der Politik. Neben den vielen Ansatzpunkten zur Verbesserung der Angebots- und Investitionsbedingungen – beispielsweise im Rahmen der Steuerpolitik oder durch Bürokratieabbau – liegt die zentrale Aufgabe in der Stärkung des sogenannten Humankapitals, das wir in einer Wissensökonomie und für einen Innovationsvorsprung

brauchen.

Bildung verbessern

Die Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften wird langfristig immer wichtiger werden, aber ebenso die Verbesserung von Ausbildung und Qualifizierung. Ziel der Bildungspolitik muss es sein, den Zugang zu Bildung zu verbessern und das durchschnittliche Bildungsniveau zu erhöhen. Konkret geht es um die Verbesserung der frühkindlichen Bildung, den Ausbau ganztägiger Betreuungsangebote, größere Autonomie der Bildungsträger, mehr Wettbewerb im Bildungssystem und um die Förderung der Arbeitnehmerweiterbildung.

Denn eines ist klar: Egal, wie der Strukturwandel letztendlich aus

fällt, er wird in jedem Fall mit hoch qualifizierten Arbeitskräften besser zu bewältigen sein. Auf die Maßnahmen zur Milderung der Wirtschaftskrise müssen jetzt Reformen folgen, die ein langfristiges Wachstum unterstützen.



Michael Heise

Chefökonom
und Leiter der
Unternehmens-
entwicklung der
Allianz SE